

## AKTUELL

GREENPEACE

# Einkalkuliertes Risiko

Raymond Klein

**Hat, wer für Robbenbabys spendete, sein Geld am Ende dem Esso-Konzern in den Rachen geschmissen? Greenpeace-Direktor Paul Delaunois sieht das nicht so.**

Fast hunderttausend Euro muss die Umweltorganisation Greenpeace laut einem Urteil von vergangener Woche an den Esso-Konzern und 22 Tankstellenbetreiber zahlen. Da die NGO nicht in Berufung gehen will, dürfte dies der letzte Akt in einem juristischen Drama sein, das im Oktober 2002 mit einer spektakulären Aktion begann. Damals hatten 600 internationale Greenpeace-MilitantInnen es fertiggebracht, sämtliche Esso-Tankstellen in Luxemburg einen Tag lang zu blockieren. Ziel der Aktion war es, die Öffentlichkeit auf den bedrohlichen Einfluss aufmerksam zu machen, den der Ölkonzern insbesondere auf die Klimapolitik der Bush-Regierung und deren Entscheidung ausübte, das Kyoto-Abkommen nicht zu unterzeichnen.

Acht Jahre später kommt Greenpeace Luxemburg diese Aktion, die Teil einer internationalen Anti-Esso-Kampagne war, teuer zu stehen. „Dieses Risiko war uns seit 2002 bekannt. Wir haben für diesen Fall Geld zur Seite gelegt“, erläutert Greenpeace-Direktor Paul Delaunois gegenüber der woxx. In der Tat hatte 2003 der damalige Direktor Pascal Husting Zahlungsverpflichtungen von bis zu 300.000 Euro ins Auge gefasst - was substantielle Konsequenzen für die Arbeit der NGO gehabt hätte. Die jetzt vom Gericht auferlegte Summe macht „nur“ etwa 13 Prozent des Jahresbudgets aus - und, das versichert die NGO, hat keine Konsequenzen für ihre Aktivitäten.

„Mehr als jeder zehnte gespendete Euro landet also in der Kasse von Rockfellers Exxonmobile. Krass“, liest man in den Leserkomentaren auf „wort.lu“. Ist es nicht hochproblematisch, wenn Spendengelder für Robbenbabys oder Klimaschutz nun in den Taschen des „Klimafeinds Nummer 1“ landen? Für Delaunois ist dies eine Frage der Sichtweise. „Wir sind eine Kampagnen-Organisation. Die Spenden finanzieren an erster Stelle unsere Kampagnen, ob zum Schutz der Walfische, der Regenwälder oder

des Klimas.“ Das gebe der Organisation eine große Unabhängigkeit und ermögliche es ihr, sich mit sehr mächtigen Interessen anzulegen. „Aber solche Aktionen sind verbunden mit Risiken und manchmal - wie in diesem Fall - mit Kosten.“

Ein bisschen enttäuscht ist Delaunois über das Urteil aber doch. Er verweist auf den Freispruch von Greenpeace-MilitantInnen, die den Schornstein eines Kohlekraftwerks in Kent besetzt hatten. Das britische Gericht hielt eine solche Aktion angesichts des drohenden Klimawandels für angemessen (siehe woxx 972). Im Luxemburger Fall ist allerdings zu berücksichtigen, dass der ursprüngliche Schuldspruch im Jahre 2003 erging. „Damals war es für den Richter vielleicht nicht so einfach, den Zusammenhang zwischen dem Esso-Lobbying und der weltweiten Bedrohung durch die Erderwärmung zu erkennen“, räumt der Greenpeace-Direktor ein.

Gelernt habe man, dass man noch überzeugender kommunizieren müsse, so Delaunois. Die Aktion an sich sei aber richtig gewesen: „Die Folgen des Esso-Lobbyings von damals haben sogar noch einen Anteil am Scheitern des jüngsten Klimagipfels gehabt. Wenn Greenpeace morgen einen großen Konzern in einer so wichtigen Frage angreift, werden wir wieder unsere Rolle übernehmen.“ Paul Delaunois erinnert an die Prinzipien der spektakulären Aktionen, die Greenpeace berühmt gemacht haben: „Direkt, konfrontativ, gewaltlos, ... aber nicht ohne Risiko.“

## SHORT NEWS

## ASBL-Reform: Konstruktionsfehler beheben

„Als bekanntermaßen kleinster Präsident der früher einem Luxemburger Basketballclub vorstand, kenne ich die Probleme der Luxemburger Vereine nur zu genau“, so der amtierende Justizminister François Biltgen, als er diese Woche seine Vorstellungen zur Reform Gesetzgebung der „associations sans but lucratif“ gegenüber der Presse erläuterte. Von seinem Amtsvorgänger Luc Frieden hat er das Gesetzesvorhaben 6054 geerbt, das bei vielen Betroffenen auf heftige Kritik gestoßen war. „Nicht alles was hier gesagt und kommentiert wurde, ist richtig“, meint Biltgen und gesteht dabei ein, dass der Text in der vorgelegten Form unbrauchbar ist. Als erstes wird der Teil, der sich mit Stiftungen befasst, herausgelöst und in einem eigenständigen Gesetzestext unterkommen. Dabei soll auch die ursprünglich vorgesehene Mindestdotierung von 250.000 Euro überdacht werden. Parallel zu diesem neuen Text werden die berechtigten Kritiken im ASBL-Text Eingang finden - etwa wenn es um die Vereinfachung der administrativen Prozeduren oder die Auflagen bezüglich der Kontrolle der Vereinsfinanzen geht. Klärung durch transparentere Regeln soll auch das leidige Problem der Verkaufs- und Essenstände der Vereine erfassen: Wenn es sich hier um eine reine Nebentätigkeit handele, die nur dazu dient die Vereinskasse etwas aufzufüllen, soll keiner befürchten müssen in die Illegalität zu geraten. Ein über die ASBL-Gesetzgebung unlösbares Problem wird ebenfalls aus der Welt geschaffen: In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Solidarwirtschaft soll eine neue Gesellschaftsstruktur geschaffen werden, die derzeit den Arbeitstitel „société à finalité sociale“ trägt. In Anlehnung an die belgische Gesetzgebung soll es so möglich werden für Initiativen die sich etwa um die Reintegration von Arbeitslosen kümmern, wirtschaftliche Aktivitäten zu entfalten ohne mit dem Anspruch der Nichtkommerzialität in Konflikt zu geraten. Seit einem Richterspruch von Dezember 2008 ist es diesen Strukturen nämlich nicht mehr möglich bei offiziellen Ausschreibungen mitzumachen - es sei denn sie wandeln sich in eine herkömmliche kommerzielle Gesellschaft um. In einer vierten Etappe soll dann eine andere von den Vereinigungen hervorgebrachte Kritik am Vorhaben 6054 aufgegriffen werden: Viele Vereine haben vermehrt Probleme damit ihr auf Freiwilligendienst aufbauendes Funktionieren zu gewährleisten. Da aber das Justizministerium die falsche Adresse etwa für Anfragen nach „congé de bénévolat“ oder aber für die Bereitstellung von Vereinsräumen sei, hat Biltgen seine MinisterkollegInnen dazu animiert eine spezielle interministerielle Arbeitsgruppe einzusetzen, die diese Probleme in den nächsten Monaten abarbeiten und nach Lösungen suchen soll.



## Invitation à l'assemblée générale

**Les coopératrices et coopérateurs de la société coopérative woxx** sont convoqué-e-s à l'assemblée générale ordinaire, qui aura lieu le **mercredi 24 mars 2010 à 18.30h dans les locaux du woxx** au 51, av. de la Liberté à Luxembourg (2e étage).

Ordre du jour :

1. rapport de l'ancien conseil d'administration
2. rapport financier de l'année 2009
3. rapport des commissaires et du réviseur externe
4. décharge du conseil d'administration
5. appel aux candidatures et élection d'un nouveau CA
6. élection des commissaires
7. perspectives du projet
8. divers

**Pour le conseil d'administration  
Christiane Wagener (présidente)**